Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,300.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 147. Sonnabend den 27. Mai 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 28. Mai,

Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Herr **Eduard Berthold**, Eigenthümer des Krystall-Palastes hier, beabsichtigt in seinem an der Gartenstraße unter Nr. 2 gelegenen Grundstücke, Nr. 1851 des Flurbuches und Fol. 1171 des Grund- und Hypothekenbuches für die Stadt Leipzig, eine Oelgasanstalt nach dem System Hirzel zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, den 26. Mai 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Gesucht

der am 27. Juni 1834 in Glatz geborene Schneider Wilhelm **Mann**, welcher zur Fürsorge für seine im Waisenhause befindlichen Kinder anzuhalten ist.

Leipzig, den 23. Mai 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Wendt.

Bekanntmachung.

Der Maurer **Johann Ernst Künzel**, am 24. October 1846 in Linden, Kreis Glogau, geboren, dessen Wohnung nicht zu ermitteln ist, soll sich dennoch unangemeldet hier aufhalten.

Wir ersuchen daher Diejenigen, denen hierüber etwas bekannt sein oder zur Kenntniß kommen sollte, sofort gefällige Anzeige anher zu erstatten.

Leipzig, am 17. Mai 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Werner

Die Inhaber der abhanden gekommenen Sparcassen-Quittungsbücher Serie I. Nr. 65,836 und Serie II. Nr. 59,538 werden hierdurch aufgefordert, sich damit binnen drei Monaten und längstens am 30. August d. J. zur Nachweisung ihrer Rechte bez. zum Zweck der Rückgabe gegen Bescheinung, bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß den angemeldeten Verlustträgern nach erfolgter Beridigung ihrer Anzeige der Inhalt dieser Bücher ausgezahlt werden wird.

Leipzig, den 25. Mai 1882.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Kirschen-Verpachtung.

Die diesjährige Nutzung der Kirschen von den fiskalischen Alleebäumen

auf den Abtheilungen 3—5 der Rechtlitz-Waldenburger Chaussee (für Großhändler geeignet) und
auf den Abtheilungen 2—4 der Reitzenhainer Chaussee

soll

Freitag, den 2. Juni a. c., Nachmittags 2 Uhr im Gasthofe „Zum Feisig" bei Penig

gegen Meistgebot und gleich baare Bezahlung des Erstehungsbetrages, sowie unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen verpachtet werden.

Königliche Chausseé-Inspection Döbeln und Königliche Bauverwalterei Rochlitz, den 19. Mai 1882.
Crüner. Wilke.

Bekanntmachung,

Brunnenbau in Volkmarsdorf betreffend.

Wegen ungenügender Betheiligung an der Concurrenz für den Brunnenbau auf hiesigem Marktplatze wird die Erbauung dieses Brunnens mit dem Bemerken nochmals ausgeschrieben, daß **Blanquets hierzu für solche, welche sich an dieser Concurrenz betheiligen wollen, auf hiesiger Gemeinde-Expedition zu haben sind und wird gebeten,** dieselben innerhalb 8 Tagen und spätestens bis 6. Juni cr. ausgefüllt wieder einzureichen.

Volkmarsdorf, den 25. Mai 1882.

Der Gemeinderath: W. Kuhn.

An die Gewerbtreibenden und Industriellen Leipzigs und der Umgegend.

Die Verwaltung der königl. sächs. **Altersrentenbank** hat der unterzeichneten **Gewerbekammer** eine größere Anzahl Prospecte genannter Anstalt mit dem Ersuchen zugesendet, dieselben im Interesse des Instituts **und der Arbeiter** zu verbreiten, sowie den Inhabern gewerblicher und industrieller Etablissements Weiterbeförderung an ihre Arbeiter zu empfehlen.

Diese Prospecte können von **Arbeitgebern** und **Arbeitern** in unserem Bureau — Petersstraße 20 — **unentgeltlich** in Empfang genommen werden.

Leipzig, den 26. Mai 1882.

Die Gewerbekammer.
W. Häckel, Vors. Herzog, Secr.

Nichtamtlicher Theil.

Die Socialreform und die Liberalen.

Das vorstehende Thema ist eine jetzt von antiliberaler Seite mit Vorliebe discutirte Frage. Das Hauptorgan der Ultramontanen wetteifert darin mit der ministeriellen preußischen „Provinzial-Correspondenz".

In der „Steuerreform" hat die „Germania" ein Haar gefunden und sie giebt den Officiösen zu verstehen, daß es mit der gerühmten Popularität dieser „sogenannten Steuerreform" nichts mehr sei. Jedenfalls ist es nur ein Aequivalent hierfür, wenn sie die Seite der Socialreform um so entschiedener hervorkehrt und sich den Liberalen gegenüber mit der „socialreformerischen Mehrheit" aufspielt. Denn die „Germania" weiß so gut wie wir, daß von einer parlamentarischen Mehrheit, die auch nur über die elementarsten Grundzüge einer wirklichen Socialreform in sich und mit der Regierung im Klaren wäre, vor der Hand durchaus fehlt. Sollte aber die „Germania" unter der socialreformerischen Mehrheit die Gesammtheit derjenigen verstehen, welche — von dem Wie? abgesehen — zunächst darin einverstanden sind, daß auf dem socialpolitischen Gebiete reformirt werden soll, dann würde dieselbe so ziemlich das ganze Parlament umfassen. Denn es ist eine Unwahrheit, wenn man irgend einer liberalen Partei den Vorwurf macht, sie wolle eine Socialreform an sich hintanhalten.

Wir haben nicht nöthig, die Liberalen gegen derartige leichtfertige oder dreiste Beschuldigungen erst zu vertheidigen. Sie stehen auch in zu auffallendem Widerspruch mit dem von derselben Seite erhobenen Freudengeschrei darüber, daß selbst der fortgeschrittene Liberalismus gegenüber den Socialreformprojecten von seinem „Manchesterthum" zurückkommt. Nun verfällt man auf den Ausweg, die Sache so darzustellen, als sei der Liberalismus nur widerwillig auf den Weg der Socialreform gefolgt. Das ist soweit allerdings richtig, als es für alle Parteien zutrifft. Wir haben stets anerkannt, daß es das hohe und unbestreitbare Verdienst des Fürsten Bismarck ist, auf dem Boden des genommenen und zunächst politisch gesicherten Nationalstaates die praktische Lösung der brennenden socialen Frage in die Hand genommen zu haben. Das aber sollten wir doch Alle, Conservative, wie Liberale und Klerikale, uns nicht verhehlen, daß es im Grunde das Verdienst der Socialdemokratie ist, auf die socialen Schäden hingewiesen und — es muß gesagt werden — hingestoßen zu haben. Daß es gerade eine gegen die überlieferte staatliche und kirchliche Ordnung Sturm laufende Socialdemokratie ist, mag viel dazu beigetragen haben, das Verständniß für den „berechtigten Kern" der socialistischen Forderungen in den reactionairen Parteien zu befördern. Der Liberalismus, welcher an dem politischen Ausbau des nationalen Staatswesens mit ganzer Hingebung arbeitete, wird man am wenigsten daraus einen Vorwurf machen dürfen, wenn er nicht, bevor diese erste, dringendste Aufgabe erfüllt war, die Initiative zur sozialen Reform ergriff. Und wenn er den Wegen des Kanzlers schließlich mit vorsichtiger Zurückhaltung, ja, nicht ohne Mißtrauen und theilweises Widerstreben bisher folgte, so hatte das seinen guten Grund, und die ferneren Erfahrungen werden das nur um so deutlicher erweisen.

Die reactionairen Parteien, welche sich so ausschließlich zu Trägern der socialen Reform berufen fühlen, dürften sich sehr täuschen, wenn sie glauben, daß sie diese Function immer behalten werden. Mit dem Schlagworte des „wahren Socialismus" und mit dem bischen Unfallversicherung läßt man die sociale Frage nicht, und ein Staatssocialismus, der viel mehr auf politischer, als auf rechtlicher und ethischer Grundlage ruht, kann wohl vorübergehende politische Erfolge erzielen, niemals aber eine gedeihliche sociale Entwickelung in die Wege leiten. Wie man die ganze Socialreform in den Arbeiterkreisen auffaßt, zeigte recht drastisch die Rede des Abg. v. Vollmar. Man begegnet ihr mit begreiflichem Mißtrauen. Der Arbeiter läßt sich nicht darüber täuschen, daß der Socialismus politische Voraussetzungen hat, daß er mit Garantien für die politische Freiheit des Einzelnen aufgewogen werden muß, und daß somit eine reactionaire politische Richtung niemals die Verwirklichung socialistischer Ziele in die Hand nehmen darf. Zudem weiß er wohl, daß er als Individuum unter dem absoluten laisser aller nicht schlechter fährt, als unter einer Socialreform vom einseitigen Standpuncte reactionairer Staatsraison.

Hierauf gründet sich unsere Ueberzeugung, daß der Liberalismus nicht nur einer wirklichen Socialreform nicht im Wege steht, sondern grade zur Durchführung derselben in erster Reihe berufen ist. Soviel wenigstens steht für uns fest, daß eine im Gegensatze gegen den Liberalismus unternommene sociale Reform über kurz oder lang Fiasco machen und nur die Gefahren steigern wird.

Leipzig, 27. Mai 1882.

Es kann gar nicht oft genug daran erinnert werden, daß die Ultramontanen und Conservativen, namentlich aber die Ersteren, ein doppeltes Spiel in der Monopol-Commission getrieben haben. Wenn sich Herr Windthorst und Herr v. Hammerstein begegnen, wird ihnen die Idee der Zwischencommission ebensowohl wie der officiöse Lärm über die Ueberhastung der Commissionsarbeiten und die Schuld, welche angeblich die Liberalen hieran tragen, nur ein Augurenlächeln abgewinnen können. Als die Commissionsmitglieder behufs der Constituirung zusammenkamen und privatim der Arbeitsplan besprochen wurde, äußerte u. A. Herr v. Benda die Meinung, es werde recht wohl möglich sein, die Verhandlungen in 8 Tagen zu beendigen. Das wußten die Ultramontanen und Conservativen, und dennoch wählten sie Herrn v. Benda zum Vorsitzenden der Commission. Warum thaten sie Dies? Einfach deshalb, weil es ihnen angenehm erschien, die Nationalliberalen als Schutzwehr gegen den Reichskanzler zu gebrauchen und auf ihre Häupter den Zorn für Ereignisse abzulenken, welche sie, die Parteien des Centrums und der Rechten, innerlich durchaus billigten. Es wäre den Klerikalen ein Leichtes gewesen, für einen der Ihrigen die Stelle des Vorsitzenden zu erlangen, aber sie geizten nicht nach dieser Ehre, sie hielten sich bescheiden im Dunkeln. Ferner die Conservativen und Ultramontanen hatten es in der Hand gehabt, stets die Majorität in der Commission zu bilden, wenn ihre Mitglieder vollzählig zugegen gewesen wären. Aber auch das geschah nicht. Bald fehlten einige von der Gesellschaft des Abg. Windthorst, bald einige von den Freunden des Herrn von Hammerstein, so daß die stets vollzählig anwesenden Liberalen über die Mehrheit verfügten. Die Absicht dieses Gebahrens liegt so klar zu Tage, daß wir meinen, auch der Reichskanzler könne sich durch die Winkelzüge der Windthorst'schen Fractionsdiplomatie, die anscheinend dem Kanzler goldene Brücken bauen will, nicht täuschen lassen.

Gegenwärtig halten in verschiedenen Provinzen, so in Hannover, Ostpreußen und Posen, die Genossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch ihre Jahresversammlungen und Verbandstage ab. Müssen dieselben schon an sich jeden Freund einer ruhigen, aus eigener Kraft entspringenden wirthschaftlichen Hebung des Handwerkerstandes sympathisch berühren, so steigert sich das Interesse an diesen Versammlungen noch durch die Wahrnehmung, daß durchgängig die Lockungen, mit denen die agrarisch-conservativen Politiker unter Herrn v. Minbach's Führung an die Genossenschaften herangetreten waren, eine entschiedene Ablehnung gefunden haben. Es war natürlich, daß der Minbach'sche Plan der Einführung der Theilhaft in das Genossenschaftsrecht, ein Plan, der z. Z. auf dem Reichsjustizamt zur Prüfung vorliegt, in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde. An vereinzelter Zustimmung hat es ihm nicht gefehlt, die überwiegende Mehrheit der Verbände indessen hält treu an den Principien der Schulze-Delitzschen Genossenschaften fest und verwirft nicht blos den Gedanken der Theilhaft, sondern auch den Vorschlag des Abgeordneten Ackermann, die Genossenschaften in ihrem eigenen Interesse unter eine Art behördlicher Controle zu stellen, damit den jetzt vereinzelt vorkommenden Falliterklärungen bei Zeiten vorgebeugt werden könne. Daß innerhalb der Genossenschaften die Gefahren der Freiheit nicht übersehen werden, weiß Jeder, der sich um die Geschichte dieser Verbände einigermaßen kümmert. Aber man will keine polizeiliche Oberherrlichkeit, sondern ein Heilmittel von innen heraus. Wir erinnern bei diesem Anlaß an einen kürzlich aufgetauchten Vorschlag, der in liberalen parlamentarischen Kreisen mehr Beachtung finden sollte, als ihm bisher zu Theil geworden. Danach würde das Princip der Solidarhaft in dem Sinne zu erweitern sein, daß sämmtliche deutsche Genossenschaften zu einer General-Genossenschaft zusammentreten, die nun ihrerseits, unterstützt und erhalten durch die jährlichen Beiträge der Zweiganstalten, etwaige Ausfälle zu decken und bei Fallissements die Gläubiger zu befriedigen hätte.

In der „Nordd. Allg. Ztg." werden andauernd alle Anzeichen des in Rußland herrschenden Deutschenhasses constatirt; heute schreibt das officiöse Blatt:

Der russische „Historische Bote" publicirt in seinem Aprilheft unter dem Titel „Unser zukünftiger Krieg" einen militairisch politischen Brief des langjährigen militairischen Correspondenten des „Regierungsanzeigers", Rittmeister Krestowsky, à la suite des Warschauer Garde-Ulanenregiments.

Der an die Reden des General Skobeleff, dieser „Autorität", anschließende Brief wiederholt zunächst die politischen Anschauungen des genannten Vorbildes und die strategischen Betrachtungen vom „Barbaren"-Standpuncte, wie solche vor einigen Wochen in der „Neuen Zeit" dargelegt wurden.

Herr Krestowsky sieht außer in Montenegro keinen Bundesgenossen für Rußland, er rechnet weder auf das „eventuell mit Luxemburg abzufindende" Frankreich, noch auf die Slaven in der Oesterreichischen Armee, die sich eintretenden Falls ebenso gegen die Russen schlagen würden, wie sie noch kürzlich gegen die Herzegowiner gefochten. Rußland vermöge sich nur auf seine Volkskraft zu verlassen und auf das unwirthbare Territorium, in dem beim Rückzuge Alles zu vernichten wäre. Anzufangen sei mit dem Eigenthum der deutschen Eingewanderten. Durch die Vernichtung des Bahnmaterials, soweit es nicht fortzuführen sei, werde man die ausländischen Banquiers schädigen, bei denen die russischen Bahnen sogulagen versetzt seien. Dabei dürfe sich die reguläre Armee keinem partiellen Echec aussetzen, sondern müsse „unbesiegt" der Invasionsarmee gegenüber bleiben, während Kosaken und asiatische Partisane im Rücken des Feindes einen wenn möglich bis Berlin auszudehnenden „barbarischen" und „räuberischen" kleinen Krieg führen würden. — Deutschland werde nach Schluß des ersten Jahres ökonomisch erschöpft, dem Bankerott nahe sein, während in Rußland in Folge der Hafenblokade das Getreide billiger wird. Es werde sein ein Krieg der „Bettler", die nichts zu verlieren haben, gegen die Reichen. Im Fall eines übereilten schimpflichen Friedens stellt der Garde-Ulanen-Rittmeister seiner Regierung „schrecklichen Aufruhr" im Innern des Reiches in Aussicht.

Uebrigens habe Deutschland thatsächlich gar nicht Lust, mit dem so schwer besiegbaren Rußland Krieg anzufangen, die deutsche Politik wolle nur durch wiederholte Kriegsdrohung und namentlich auch durch Gourdmandoer ihre Ziele erreichen. Dann habe das offene Wort des General Skobeleff ein Ende gemacht. In Bezug auf Deutschlands schwache Seiten sagt der Verfasser wörtlich:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß die ganze berühmte deutsche Einheit bis jetzt nur durch einen „oberaben" Faden zusammengehalten wird, und daß wir sogar in Friedenstagen sehen, wie mächtig in den Bestandtheilen des Reiches die particularistischen und sogar separatistischen Bestrebungen sind; wir sehen, welch beständiges und schweren Kampf dem Fürsten Bismarck seine unendbaren parlamentarischen Dispute mit den verschiedenen Parteien — jetzt mit den Klerikalen, dann mit den Socialisten, dann mit den Nationalliberalen u. s. w. bereiten."

Für Preußens Handelsentwickelung am Baltischen Meere seien Libau und Riga nothwendig, was können aber das katholische Baiern, Württemberg, Baden und tutti quanti gewinnen? Baiern und Württemberg hatten es früher doch besser wie jetzt unter der Aegide des protestantischen und militarischen Preußen.

Der merkwürdige Aufsatz hat den noch merkwürdigeren Schluß, daß Deutschland der Rath ertheilt wird, mit dem „lebendigen" Rußland ein aufrichtiges, ehrliches Bündniß zu schließen, es werde dies vortheilhafter sein als ein Bund mit den absterbenden Mächten Oesterreich und der Türkei.

Da der Sessionsschluß des österreichischen Reichsrathes unmittelbar bevorsteht, so beeilt sich das Abgeordnetenhaus die wichtigsten Gegenstände rasch zu erledigen. Mittwoch waren nicht weniger als vier Ausschüsse, Zolltarif-, Schul-, Eisenbahn- und Gewerbe-Ausschuß, ferner die Vereinigte Linke und der Centrumsclub zu Sitzungen einberufen. Zwei von diesen Ausschüssen, der Eisenbahn- und der Schulausschuß, fielen dem Eifer der Obstruktionisten zum Opfer. Der Schulausschuß, der über die Petitionen um Errichtung czechischer Parallelclassen an einigen Volksschulen in Niederösterreich berathen sollte, wurde von sämmtlichen liberalen Mitgliedern gemieden und blieb beschlußunfähig. Wie es heißt, beabsichtigt der Referent den Antrag zu stellen, daß diese Petitionen im Hinblick auf die Entscheidung des Reichsgerichtes bezüglich der Gemeinde Temenau in Niederösterreich der Regierung zur Amtshandlung abgetreten werden. Dasselbe Schicksal hatte der Eisenbahnausschuß, der die Special-Debatte über die Böhmisch-Mährische Transversalbahn fortsetzen sollte. Ob der Eisenbahnausschuß noch vor der Vertagung zusammentreten wird, ist noch ungewiß. Die Sitzung des Zollausschusses war rasch beendigt. Nachdem der Referent den abändernden Beschluß des Herrenhauses, betreffend die Anmerkung zur Tarifclasse „Getreidezölle", mitgetheilt hatte, wurde ohne Debatte diesem Beschlusse von der Ausschuß-Majorität beigetreten. Auch die Vertreter des Centrumsclubs im Ausschusse, die ultramontanen Abgeordneten Fürst Alois Lichtenstein und Zebetmayer, stimmten für den Beschluß des Herrenhauses. — Ob die Donau-Regulirungs-Vorlage erledigt wird, ist noch keineswegs ausgemacht. In Abgeordnetenkreisen verlautet, daß von der Rechten ein Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuß gestellt werden soll. — Der Gewerbe-Ausschuß hat die dritte Lesung der Gewerbe-Ordnung vorgenommen.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus ward die Occupations-Politik wieder heftig angegriffen. Abg. Nikolaus Bartha meint, daß die Höhe der Creditforderung auf die Absicht der Annexion schließen lasse. Er erblickt in der Occupation ein Experiment, um die in Italien und Böhmen erlittenen Schlappen Oesterreichs gutzumachen. Redner behauptet, Ungarn und Oesterreich seien nicht zur Erwerbung neuer Länder, sondern zum Erhalt der alten berufen. Er befaßt sich sodann mit dem gemeinsamen System und sagt, die Folgen desselben können nur die sein, daß man wirklich eine unselbstständige Regierung und eine resignirende Majorität erhält. Redner erinnert die Majorität daran, daß eine Politik, welche nur mit Abstimmungen und nicht mit Motiven unterstützt wird, keine erfolgreiche sein kann. Er lehnt die Vorlage ab.

Wie man aus Sofia schreibt, erfolgt demnächst die Ernennung eines neuen bulgarischen Kriegsministers an die Stelle des Generals Krylow in der Person des russischen Generals Baron Kaulbars. Ebenso wird der russische General-Consul in Sofia, Hitrowo, von seinem Posten abberufen und hat bereits Sofia verlassen, um sich über Wien nach Petersburg zu begeben. Die Geschäfte der Agentie führt deren Secretair, Arsieniew, und dieses Provisorium dürfte von längerer Dauer sein. Fürst Alexander von Bulgarien ist bereits von Petersburg abgereist, um sich über Berlin, wo er einen Aufenthalt von einigen Tagen nehmen wird, nach Darmstadt zu begeben. Die Rückreise nach Sofia wird der Fürst über Wien antreten und auch dort einige Zeit verweilen. Seiner Rückkehr nach Sofia wird nicht vor mindestens zwei Wochen entgegengesehen.

Nach einem Telegramm aus Konstantinopel rüstet die Pforte zu See über Hals und Kopf. Im Arsenal arbeitet man Tag und Nacht. Augenblicklich ankern im Goldenen Horn die Panzerschiffe „Avni Illah" und „Fethi Bulena", vollständig ausgerüstet und mit Proviant versehen, sowie mehrere erst kürzlich in Stand gesetzte Fahrzeuge, worunter die Panzerfregatten „Menaun Kaffer und Assari Temus", jede mit acht schweren Geschützen, wovon zwei in Drehthürmen untergebracht sind. Außerdem stehen mehrere Transportschiffe zur Abfahrt bereit und sowohl der Oesterreichische Lloyd als auch eine griechische Gesellschaft offerirten ihre Schiffe, falls ein Truppentransport nöthig sein sollte. Die Fregatten „Osmanieh", „Orchanieh", „Azizieh" und „Mahemandieh", die letzteren Zeit auch zu diesem Zwecke mit den erforderlichen Einrichtungen versehen worden, stehen zum Ausrücken bereit, wenn sie nicht insgesammt der Kohlenmangel am Auslaufen hindern würde. In den Docks liegen im Ganzen nur 400 bis 500 Tonnen, da der große Kohlendampfer „Mukademeh Mnziet", der erst vor wenigen Jahren erbaut wurde, um aus den Minen von Heraklea die Kohlen zu transportiren, vor einigen Tagen mit 2000 Tonnen versank. Die einzige Hilfe, auf die man rechnet, sind die englischen Kohlenvorräthe in Galatz, vorausgesetzt, daß sich die Banquiers Galathas herbeilassen, Geld vorzuschießen. Für den Fall der Theilnahme der türkischen Flotte an der europäischen Flotten-Demonstration soll Hafsein Pascha das Commando übernehmen.

Während die Nachrichten aus Kairo ergeben, daß Arabi Bey, den man einige Zeit als einen nicht ernst zu nehmenden politischen Charlatan zu schildern liebte, consequent und zielbewußt vorzugehen scheint, läßt sich das von den Westmächten nicht behaupten. Arabi Bey verwirft die Bedingungen Englands und Frankreichs; er verschmäht den Preis, den sie ihm bieten; er erklärt Egypten, das nach der Lehrung der Nationalpartei den Egyptern gehören soll, vertheidigen zu wollen und trifft alle Vorbereitungen dazu. Ob sein Verfahren klug oder unklug ist, ist man im Momente zu entscheiden kaum in der Lage, dessenungeachtet muß man heute schon der Vermuthung Raum geben, daß man im egyptischen Ministerium von Disharmonien im europäischen Concert wohl unterrichtet ist, und das genügt, die kriegerischen Demonstrationen — als mehr wird, was in Kairo beabsichtigt wird, nicht anzusehen sein — zu rechtfertigen. Die Demonstration zu Lande gegen die Demonstration zur See wird zum wenigsten so wirksam sein, daß die Entscheidung verzögert wird, und der Aufschub kann den Egyptern, falls sie einig sind, nur nützlich sein. Dafür sprechen die Nachrichten über die Verlegenheit, in welche sie die Westmächte versetzt haben. Die Consuln Englands und Frankreichs müssen ihre Regierungen um neue Instructionen ersuchen. Das bedeutet doch nichts Anderes, als daß diese Regierungen den Fall des Widerstandes gar nicht vorgesehen haben. Und wie sehr sie ihre Verlegenheit empfinden, zeigt das folgende Telegramm aus London: „Die „Times" erfährt, der ernste Charakter, welchen die egyptische Krisis angenommen habe, beschäftige die Aufmerksamkeit Englands und Frankreichs im höchsten Grade. Es dürfe unverzüglich eine wichtige Entscheidung erwartet werden." Nach Lage der Sachen wird man kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß die wichtige Entscheidung sich auf eine Verständigung mit der Türkei bezieht, und daß der Augenblick nicht mehr fern ist, der des Sultans sehnlichsten Wunsch erfüllt, in der egyptischen Frage eine Rolle spielen zu dürfen. — Nach einer Mittheilung des Pariser Correspondenten der „Voss. Ztg." würde die egyptische Frage ihre Lösung auf einer Botschafter-Conferenz in Konstantinopel finden. Die übrigen Angaben bestätigend, meldet derselbe in einem Privattelegramm:

„In der egyptischen Frage ist seit zwei Tagen ein vollkommener Frontwechsel eingetreten. Arabi widersetzt sich entschlossen den west-